



Bundesrätin Leuthard, die SP und die neoliberale Agrarpolitik

thk. An der Sondersession des Nationalrats zur Agrarfrage wurde offensichtlich, dass bei einem grossen Teil der Parlamentarier langsam ein Umdenken bezüglich der Landwirtschaftspolitik stattfindet. Das bekommt auch die verantwortliche Bundesrätin Doris Leuthard mehr und mehr zu spüren. Ihre neoliberale Wirtschaftspolitik wird eigentlich nur von einer Mehrheit der Ratslinken und Teilen der FDP und CPV getragen. Grüne und SVP-Vertreter haben die Zeichen der Zeit erkannt und stellen sich gegen die neoliberale Agrarpolitik. Auch wird hinter den Kulissen deutlich, dass CVP-Nationalräte vor allem in einem Loyalitätskonflikt gegenüber ihrer Bundesrätin stehen.

Mit einem argumentativen Spagat hebt Doris Leuthard in ihrer Stellungnahme vor dem schweizerischen Parlament am 3. Dezember die Wichtigkeit der kleinräumigen, in der Region verankerten Agrarwirtschaft hervor, forciert aber gleichzeitig die Verhandlungen über den Agrarfriehandel mit der EU und der WTO in der sogenannten Doha-Runde.

Während Experten, die bis jetzt einem Freihandelsabkommen à la WTO positiv gegenüber gestanden sind, dies inzwischen «als nicht durchführbar» und mit zu grossen Nach-

teilen für die Versorgungssicherheit aller beteiligten Länder behaftet beurteilen, weiss es Doris Leuthard besser: «Deshalb haben wir eben auch für die Landwirtschaft ein Interesse am WTO-System.»

Die Argumentation Leuthards, die Entwicklungsländer würden von einem Abschluss der WTO-Verhandlungen profitieren, da sie «durch die hohen Zölle der Industriestaaten» benachteiligt würden, ist durch den Weltagrabericht von 2008, der der Bundesrätin bekannt sein sollte, längstens widerlegt. Die regional verankerte Landwirtschaft ist das Konzept der Zukunft. Was hier von Doris Leuthard gefordert wird, sind optimale Bedingungen für die international agierenden Agrarmultis. Deren Ziel liegt nicht in der Versorgung der Bevölkerung mit genügend gesunden und erschwinglichen Nahrungsmitteln, sondern in der Erwirtschaftung einer guten Dividende für die Aktionäre und in steigenden Börsenkursen. Dafür darf die Schweiz als kleines, neutrales, soziales und weltoffenes Land nicht Hand bieten. Um so absurder ist es, dass gerade die Sozialdemokratie Doris Leuthard mehrheitlich auf diesem Weg die Stange hält und dem «big business» dient. Fehlt der SP Bodenhaftung? •

«Die Doha-Runde ...» Fortsetzung von Seite 6

Löhne haben und niemand ein Interesse hat, das Lohnniveau herunterzuschrauben. Bei der WTO müssen wir dafür kämpfen, dass der landwirtschaftliche Teil so verhandelt wird, dass es Ausnahmen für sensible Produkte wie Milch und Fleisch, Gemüse und Obst gibt. Die Ernährungssouveränität darf nicht tangiert werden.

Jedes Land soll sein Recht bekommen, seine eigene Landwirtschaftspolitik zu betreiben, um damit für die individuellen Bedürfnisse seiner Bevölkerung aufzukommen.

Können Sie bitte noch zwei Sätze zur Uruguay-Runde sagen, was wurde da beschlossen?

Die Uruguay-Runde der WTO wurde Ende der 90er Jahre abgeschlossen. Erstmals wurde die Landwirtschaft einbezogen mit: Zoll- und Subventionsabbau bei den Marktstützungen.

Der Weltagrabericht macht deutlich, dass die kleinräumige, regional verankerte Landwirtschaft die Ernährung der Menschheit sichern würde. Das ist etwas, was die Schweiz eigentlich seit je getan hat, oder wie beurteilen Sie aus?

Das ist, wie Sie sagten, weniger ein Problem für die Schweiz, sondern vielmehr ein Problem, das sich in den Entwicklungsländern abzeichnet, weil dort sehr grosse Agrarkonzerne die Landwirtschaft betreiben mit einer Masse von Landarbeitern. Es gibt weltweit wenige Betriebsformen, wie wir sie in der Schweiz oder auch teilweise in Europa haben, nämlich Familienbetriebe. Diese industriellen Agrarkonzerne bauen in der Landwirtschaft Beschäftigungspotential ab, und das führt zu einer Landflucht. Bereits heute lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in den Städten und Agglomerationen, und das führt zu enormen Sozialkosten.

Bundesrätin Leuthard befürwortet die Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe und forciert gleichzeitig die Öffnung für den Freihandel. Der Bauernverband zeigt die Widersprüchlichkeit dieses Konzepts auf. Die Bundesrätin scheint dies nicht zu sehen oder will es nicht. Braucht es hier nicht eine grundsätzliche Abkehr vom Freihandel in der Landwirtschaft?

Unter Freihandel verstehen wir Öffnung via WTO und Agrarfriehandel mit der EU. Da müssen wir ganz klar festhalten, dass wir in der Schweiz andere Strukturen haben. Wir haben kleinräumige Flächen, Zersiedelung, wir haben eine eigene Topographie und andere klimatische Verhältnisse. Von daher wäre es sehr klug, wenn wir uns in der Schweiz auf unsere Stärken besinnen würden und uns nur dort gegenseitig öffnen, wo wir auch entsprechende Chancen haben. Das wurde auch mit den Bilateralen I im Käseab-

kommen durchgeführt. Das Abkommen ist nicht so schlecht. Wir verkaufen Käse, wahrscheinlich mehr als ohne das Abkommen, aber der Importdruck ist enorm. Dennoch können wir uns im Markt einigermaßen behaupten. Die Haltung des Bauernverbandes ist, dass wir die Verhandlungen für ein umfassendes Abkommen mit der EU abbrechen und uns auf die *Evolutiv-Klausel* der Bilateralen I konzentrieren und uns dort gegenseitig öffnen, wo es auch Sinn macht: bei Milchprodukten, bei Verarbeitungsfleisch und Chacuterie und bei verarbeiteten Lebensmitteln. Eine generelle Öffnung führt zu hohen Einkommensverlusten bei den Bauern und zu Arbeitsplatzverlusten in der Nahrungsmittelindustrie. Das gilt es zu verhindern.

Wäre nicht die Efta, die sensible Bereiche aus dem Freihandel ausgeschlossen hat, eine gangbare Alternative?

Die bilateralen Freihandelsabkommen ausserhalb der WTO werden von der Schweiz vorangetrieben, aber auch von anderen Ländern,

insbesondere den USA. Aber auch dort müssen wir bei der Landwirtschaft immer wieder Konzessionen machen, und zwar innerhalb der WTO-Zollkontingente. Dies führt zu einem enormen Druck seitens der WTO, die Zollkontingente zu erhöhen. Es ist falsch, Importkonzessionen zu gewähren, die nicht erfüllt werden können, wie bei Frühkartoffeln von den Mittelmeerstaaten.

Wie soll das weitergehen mit der WTO, braucht es nicht eine sinnvolle Alternative?

Die Doha-Runde ist meiner Meinung nach gescheitert. Sie wurde 2001 in Katar eröffnet. Wir haben jetzt 2010, also fast 10 Jahre keinen Erfolg. Es wurde wohl etwas ausgehandelt, jedoch ohne Zustimmung. Den Abbau der Exportsubventionen können wir, von der Schweiz aus gesehen, mitmachen, aber einen so starken Zollabbau, wie das vorgesehen ist, halten wir für unvernünftig. Es gilt, die regionale Landwirtschaft in die regionale Gesellschaft einzubinden, damit diese am regionalen Wirtschaftswachstum partizipieren

können und so keine Armut in den ländlichen Regionen entsteht.

Wie sehen Sie die Zukunft der Schweizer Landwirtschaft?

Die Schweizer Landwirtschaft hat eine Zukunft. Wir haben kritische Konsumenten, die eine gute Qualität bei den Produkten wünschen. Wir haben einen niedrigen Selbstversorgungsgrad von 60 Prozent, da haben wir bessere Chancen, unsere Produkte anzubieten. Unsere Konsumenten haben international gesehen eine hohe Kaufkraft. Wir müssen uns gut auf dem einheimischen Markt positionieren und hier einen Schwerpunkt bilden. Exporte sind bei Spezialitäten möglich, dort sind wir stark. Wichtig ist, dass wir unseren einheimischen Markt nicht vergessen und dort unsere Schwerpunkte setzen.

Herr Nationalrat, vielen Dank für das Gespräch.

* Evolutiv-Klausel = Weiterentwicklungsklausel

